

Haushaltsrede 2026 Bündnis 90/ Die Grünen - Schloß Holte-Stukenbrock

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

Zunächst möchte ich der Verwaltung, dem Kämmerer und seinem Team danken.
Dieser Haushaltsentwurf ist transparent und ehrlich.
Er beschönigt nichts.

Und gerade deshalb können wir ihn heute nicht einfach durchwinken.

Ich spreche heute nicht nur als Fraktionsvorsitzender,
sondern auch als Vater von zwei Kindern, die hier aufwachsen.

Vielleicht verändert das den Blick.

Man schaut nicht nur auf das nächste Haushaltsjahr,
sondern fragt sich:

Was bleibt von dem, was wir heute entscheiden?

Was hinterlassen wir dieser Stadt – und den Menschen, die nach uns kommen?

Das Haushaltsdefizit 2026 ist kein Ausrutscher.

Es ist auch kein Ausdruck von Verschwendung.

Es ist das Ergebnis struktureller Entwicklungen:

steigende Umlagen, wachsende Pflichtaufgaben, Tarif- und Preissteigerungen –

und das Ergebnis eines Investitions- und Sanierungsbedarfs, der über Jahre vertagt wurde.

Und es ist auch das Ergebnis politischer Entscheidungen –
und von Entscheidungen, die man nicht getroffen hat.

Überraschend sind diese Entwicklungen nicht.

Überraschend ist allenfalls, wie lange die Entscheidungsmehrheit glaubte, und immer noch glaubt,

man könne ihnen durch reines Sparen entkommen.

Ja, wir haben Rücklagen.

Ja, sie erlauben es, diesen Haushalt formal auszugleichen.

Aber Rücklagen sind kein Konzept.

Sie sind Zeit.

Und Zeit ist eine Ressource.

Man kann sie nutzen – oder verlieren.

Wer strukturelle Defizite dauerhaft mit Rücklagen überdeckt,
verschiebt die Entscheidung –
und irgendwann ist es zu spät.

Haushaltssicherung beginnt nicht erst mit dem offiziellen Beschluss.

Sie beginnt dort, wo politische Gestaltung durch bloßes Aufschieben ersetzt wird.

Politik hat Erinnerung.

Und sie hat Verantwortung.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten trägt die CDU hier im Rat die Mehrheit.

Über Jahre wurden gute Haushaltszahlen als Beweis kluger Sparpolitik präsentiert.

Heute sehen wir die andere Seite.

Ein Haushalt kann ausgeglichen wirken,
wenn Investitionen verschoben,
Sanierungen gestreckt
und Vorsorge vertagt werden.

Aber das, was man nicht tut,
kommt zurück.

Mit höheren Kosten.
Mit Sanierungsstaus.
Mit wachsendem Druck auf die kommenden Jahre.

Das Defizit von heute ist keine plötzliche Krise.
Es ist die verspätete Rechnung einer Politik,
die Haushaltsausgleich mit Zukunftsfähigkeit verwechselt hat.

Nun hören wir von der CDU:

- dass der Weg in die Haushaltssicherung keine Lösung ist.
- dass Haushaltssicherung Kontrollverlust bedeutet.
- dass es jetzt strategisches, verantwortungsvolles Handeln braucht.

Hinsichtlich einer zukünftige Haushaltssicherung stimmen wir ausdrücklich zu:
das wäre ein erheblicher Einschnitt in die kommunale Selbstständigkeit.

Aber die Frage ist doch:
Was ist wirklich strategisch?

Ist es strategisch, flächendeckend zu kürzen?

Ist es strategisch, Personalquoten pauschal zu senken?

Ist es strategisch, Investitionen zu strecken, ohne Prioritäten klar zu benennen?

Oder ist es vielmehr das, was wir gerade erleben:

Konsolidierung ohne Konzept?

Die CDU spricht von „konsequentem Sparen, wo es vertretbar ist“.

Doch wer entscheidet, was vertretbar ist?

Ist es vertretbar, wenn sich pädagogische Konzepte an Einsparvorgaben anpassen müssen?

Ist es vertretbar, wenn Personal abgebaut wird, obwohl die Quote bereits niedrig ist?

Ist es vertretbar, Transformation auszubremsen, während gleichzeitig von Zukunftsinvestitionen gesprochen wird?

Man kann nicht gleichzeitig sagen:

„Stillstand statt Gestaltung darf es nicht geben“

und dann genau jene Bereiche ausbremsen, die Gestaltung erst ermöglichen.

Wir dürfen uns nicht aus Angst vor Defiziten in einen reinen Sparmodus zurückziehen, sondern müssen weiter investieren und politische Schwerpunkte setzen.

Haushaltssicherung bedeutet Kontrollverlust – das stimmt.

Aber planloses Sparen bedeutet ebenfalls Kontrollverlust.

Nur schleichend.

Verantwortungsvolle Politik heißt nicht, überall den Rotstift anzusetzen.

Verantwortungsvolle Politik heißt, Prioritäten zu setzen, offen zu entscheiden und strukturell umzusteuern.

Und nun wird die Sparpolitik noch konsequenter ausgerollt –

über alle Haushaltsprodukte hinweg.

Kultur, Schule, Sport, Verwaltung, Planung und schließlich Personal –

überall wird gekürzt, überall wird zusammengeschoben.

Das wirkt entschlossen.

Aber es wirkt nicht strategisch.

Die CDU will Schloß Holte-Stukenbrock handlungsfähig halten – für unsere Kinder.

Auch das unterschreiben wir.

Aber Handlungsfähigkeit entsteht nicht durch pauschale Prozentziele.

Sie entsteht durch kluge Steuerung.

- Wer Personal abbaut und gleichzeitig externe Planungskosten kritisiert, erhöht mittelfristig die Abhängigkeit.
- Wer Investitionen verschiebt, um kurzfristig Zahlen zu verbessern, verschiebt die Rechnung in die Zukunft.
- Wer öffentlich Daseinsvorsorge an Investoren abgeben will, der gibt auch ein Stück demokratischer Verantwortung aus der Hand.
- Wer es grundsätzlich richtig findet, dass Eltern zur Gestaltung ihrer Schule zusätzliche Mittel organisieren, der verschiebt staatliche Kernaufgaben schleichend in den privaten Bereich.

Das alles schwächt langfristig die kommunale Gestaltungskraft.

Gleichzeitig kündigt die CDU an, zahlreiche Errungenschaften der vergangenen Jahre „auf den Prüfstand“ zu stellen – also Projekte und Strukturen, die sie als großen eigenen politischen Erfolg dargestellt hat.

Das wirft eine zentrale Frage auf:

Handelt es sich um eine strategische Neubewertung – oder um eine kurzfristige Reaktion auf Haushaltsdruck?

Politik braucht Verlässlichkeit.

Wenn Beschlüsse relativiert oder zurückgenommen werden, entsteht Unsicherheit bei Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Institutionen.

Vertrauen entsteht nicht durch permanente Revision,
sondern durch eine nachvollziehbare und konsistente Linie.

Mit dem Sanierungsfahrplan, der 2024 vorgestellt wurde,
ist erstmals und endlich sichtbar geworden,
wie groß der bauliche und energetische Handlungsbedarf ist.

Das war richtig - leider reichlich spät.
Allerdings ein Fahrplan ist noch keine Entscheidung.

Der Haushaltsentwurf enthält ein Investitionsprogramm –
doch keine politische Priorisierung.

Die entscheidenden Fragen bleiben offen:

Was ist unverzichtbar?

Was kann warten?

Und was kostet es uns, wenn wir weiter warten?

Ohne Prioritäten entstehen Sanierungsstaus.

Und aus Sanierungsstaus entstehen höhere Kosten.

Das ist kein Verwaltungsproblem.

Das ist eine Frage politischer Führung.

Präventive Anträge unsererseits wurden in den vergangenen Jahren häufig aus Kostengründen und Verständnisgründen abgelehnt, oder subsumiert und unkenntlich gemacht.

Ja, Prävention senkt nicht unmittelbar die Kosten, geschweige denn eine Kreisumlage.

Das stimmt.

Aber sie wirkt dort, wo Kosten entstehen –

bei Fallzahlen, bei Problemen, bei Dauer und Intensität von Hilfen.

Wer Prävention unterlässt, spart nicht.

Er verschiebt – und verteuert.

Gerade weil bspw. Jugendhilfe auf Kreisebene organisiert ist,

muss Prävention kommunal gedacht und interkommunal abgestimmt werden.

Hier fehlt uns eine strategische Linie.

Der Kämmerer hat es deutlich gemacht:

Energiepreise, Sanierungsbedarf und Klimafolgen sind längst Haushaltsrealität.

Mit dem Vorreiterkonzept und dem Sanierungsfahrplan liegen Grundlagen vor.

Der erfolglose Klimadeal der CDU hätte das ergänzen können. Unsere letzten Nachfragen dazu zeigen, dass Klimaschutz wenig Priorität hat.

Doch Konzepte allein sparen kein Geld.

Wer energetische Investitionen verschiebt,

spart nicht –

er zahlt später mehr.

Klimaschutz ist kein Zusatz.

Klimaschutz ist Prävention.

Und er ist wirtschaftliche Vernunft.

Wir lehnen diesen Haushalt nicht ab,
weil er uns ideologisch nicht passt.

Wir lehnen ihn ab,
weil er strukturell nicht ausreicht.
Er beschreibt, was 2026 ausgegeben wird.
Er beantwortet aber nicht überzeugend,
wie diese Stadt ihre Handlungsfähigkeit langfristig sichern will.
An vielen Stellen wird gespart –
doch ohne klare strategische Richtung.

Wegstreichen und Einsparen reicht nicht.

Die einst vom ehemaligen Kämmerer beschriebene und in SHS angewandte
antizyklische Fiskalpolitik von John Maynard Keynes scheint Geschichte.

Die jetzt eingeschlagene Richtung ist prozyklisch.

Sie wird das Problem nur verstärken.

Unsere Ablehnung ist kein Misstrauen gegenüber der Verwaltung.

Und sie ist keine Fundamentalopposition.

Sie ist die Antwort auf einen Kurs, der vorgibt, strategisch zu sein –
aber in Wahrheit strukturelle Fragen unbeantwortet lässt.

Sie ist ein Signal für die Menschen in dieser Stadt, die immer mehr vergessen werden.

Sie haben die Folgen zu tragen.

So reicht es nicht.

Wir brauchen Strategie.

Deshalb haben wir zwei Anträge eingebracht:

Mit unserem Antrag für einen mehrjährigen Investitions- und Prioritätenplan wollen wir klären, was für diese Stadt wirklich unverzichtbar ist, was warten kann und welche finanziellen Folgen es hat, wenn wir weiter nur verschieben statt Entscheiden.

Mit dem Antrag zu einer gesamtstädtischen Präventionsstrategie fordern wir, Vorsorge nicht länger als freiwillige Zusatzleistung zu behandeln, sondern als kluge, langfristige Haushaltspolitik, die Kostenanstiege dämpft, bevor sie entstehen.

Wir wollen damit keine weiteren Ausgaben erzeugen, sondern bessere Entscheidungen!

Schloß Holte-Stukenbrock ist noch handlungsfähig.

Aber diese Handlungsfähigkeit ist endlich.

Ich wünsche mir,
dass meine Kinder in einer Stadt leben,
die nicht vom Reparieren lebt,
sondern vom Gestalten.

Unsere Ablehnung ist kein Nein zur Verantwortung.

Sie ist ein Ja zur frühzeitigen und klaren Entscheidung, bevor andere für uns entscheiden.

Vielen Dank.

Bernd Eickelmann